



Unser Jahr hat 365 Frauentage und dieses Jahr sogar 366

Der internationale Frauentag hat eine lange Tradition, er geht auf die Arbeiterinnenbewegung von Mitte des 19. bis zum 20. Jahrhundert zurück. Erste entscheidende Momente waren Demonstrationen und Streiks von Textilarbeiterinnen in den USA seit 1858.

Seit Beginn der Industrialisierung stieg der Anteil der Fabrikarbeiterinnen. Sie verdienten für die gleiche Arbeit nur ein Bruchteil des Lohnes der Männer. Sie streikten mehrfach für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen, für kürzere Arbeitszeiten und gegen unzumutbare Wohn- und Lebensbedingungen. Sie wehrten sich damit gegen Ungerechtigkeit und Diskriminierung.

Auch wenn heutzutage vieles geregelt ist durch Tarifverträge und betriebliche Vereinbarungen, ist dennoch sehr vieles im Argen. Immer noch kämpfen wir um den gleichen Lohn, immer noch werden in den Führungsebenen Männer bevorzugt, so dass eine Frauenquote von Nöten ist und immer noch sind Frauen überwiegend in den prekären Jobs zu finden. Deshalb ist es mehr als notwendig und wichtig den Internationalen Frauentag am 8. März in den Focus weltweit zu stellen. Und nicht nur am 8. März, sondern tagtäglich.

Für ein gewaltfreies und gleichberechtigtes Leben!

Angehts von weltweit 60 Millionen Flüchtlingen aus Kriegs- und Krisengebieten, darunter viele Frauen und Kinder, kommt diesem



Tag und seinen Zielen eine noch größere Bedeutung zu. Von den in Stuttgart untergebrachten Flüchtlingen sind fast 40 Prozent weiblich. Für Frauen und Mädchen kommen zu den allgemeinen Fluchtgründen wie Krieg, Gewalt, Terror, Hunger, Umweltzerstörung, Verfolgung noch geschlechtsspezifische Bedrohungen hinzu, wie etwa Entführung und Vergewaltigung als Kriegswaffe, Genitalverstümmelung, Zwangsheirat und Ehrenmorde. Auf ihren Fluchtwegen sind Frauen und Mädchen großen Gefahren ausgesetzt. Arbeitsausbeutung oder Zwangsprostitution sind nicht selten der „Preis“, um die Flucht zu überleben. Schätzungsweise fünf Prozent der Frauen auf der Flucht sind schwanger, die allermeisten ohne hygienische und medizinische Grundversorgung.

Wir fordern deshalb am Internationalen Frauentag:

- ! Gewalt an Frauen und Mädchen muss hart bestraft werden!
- ! Strukturell geförderte sexualisierte Gewalt gegen Frauen muss gesetzlich verboten werden!

- ! Umfassendes Asylrecht für Frauen - auch bei Verfolgung wegen ihres Geschlechts!
- ! Eigenständiges Bleiberecht für Migrantinnen, unabhängig vom Ehemann!
- ! Gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit!
- ! Eine schnelle Erhöhung des Mindestlohns auf 10 € lohnsteuerfrei!
- ! Gesicherte Arbeitsverhältnisse statt prekärer Jobs!

Weltweit setzen sich Frauen, egal welchen Alters, welcher Nationalität, Hautfarbe oder Religion am Internationalen Frauentag gegen Krieg, Gewalt und Diskriminierung, für Menschenrechte, eine sozial gerechte Welt und Frieden ein. Das Stuttgarter Frauennetzwerk wird dieses Jahr den Internationalen Frauentag zusammen mit Flüchtlingsfrauen gestalten (siehe Seite 8).

Arbeitskreis Flüchtlingsfrauen

Interview mit Manuela Rukavina

Manuela Rukavina ist erste Vorsitzende des Landesfrauenrats Baden-Württemberg, in dem 2,5 Millionen Frauen organisiert sind. Sie ist Mitglied im DGB-Bezirksfrauenausschuss von Baden-Württemberg und aktiv im Arbeitskreis Flüchtlingsfrauen des Landesfrauenrats. Von Beruf ist sie Soziologin und arbeitet freiberuflich als Trainerin und Coach. Die Lunte-Redaktion hat Manuela zum Thema Flüchtlingsfrauen interviewt.

Du hast den AK Flüchtlingsfrauen des Landesfrauenrates in Stuttgart initiiert und arbeitest dort mit. An welchen Themen arbeitet der AK?

In diesen Arbeitskreis des Landesfrauenrates kommen Menschen aus unterschiedlichen Handlungsfeldern zusammen - aus Freundeskreisen, aus der therapeutischen Begleitung, der städtischen Organisationen, dem Flüchtlingsrat und der Ombudsmann der Landesregierung für Flüchtlingsfragen. Dadurch sammeln wir die Themen, die die Teilnehmenden mitbringen, tauschen uns aus und erarbeiten Forderungen oder Lösungsvorschläge. Wichtige Themen sind hier Unterbringung, Schutz vor Gewalt, spezielle Bedarfe der geflüchteten Frauen und Therapiemöglichkeiten. Wir als Landesfrauenrat verstehen uns hier als Multiplikator und Scharnier zur Landesebene.

Was sind die spezifischen Probleme der Flüchtlingsfrauen?

Sie sind erstens die Minderheit und werden gern „vergessen“. Zweitens haben sie natürlich ganz andere Schutzbedürfnisse. Dann haben diese Frauen aber auch Probleme, die viele von uns auch kennen: wie z.B. fehlende Kinderbetreuung während Sprachkursen.

Welche Maßnahmen wären dringend nötig, um die Situation der Flüchtlingsfrauen zu verbessern?

Wir setzen uns dafür ein, dass die Frauen in geschützten Bereichen/Räumlichkeiten untergebracht sind. Das reicht von getrennter Unterbringung bis hin zu lediglich abschließbaren Sanitäranlagen in gemischten Unterkünften. Es muss (trauma)therapeutische Angebote geben und die Menschen, die mit geflüchteten Frauen arbeiten, müssen darin geschult werden, Traumata und ihre Symptome wahrnehmen zu können. Es müsste extra Sprachkurse (mit Kinderbetreuung) für Frauen geben, so dass sie dort in kleinen Gruppen sich sortieren und stärken können. Außerdem fordern wir, dass den Frauen auch spezielle Angebote zur Arbeitsmarktintegration gemacht werden.



Manuela Rukavina

Was tut das Land Baden-Württemberg für die Flüchtlingsfrauen?

In Bezug auf die Arbeitsmarktintegration freuen wir uns, dass die Regionaldirektion der Agentur für Arbeit hier bereits dabei ist, spezielle Konzepte für die Frauen zu entwickeln. Was die Frauen anbelangt habe ich von Seiten des Landes zunächst eher erlebt, dass diese nicht so auf dem Schirm waren, da die Mehrheit der Flüchtlinge eben

männlich ist. Aber da hat sich die Wahrnehmung mittlerweile auch geändert. Was dann vor Ort konkret für die Frauen getan wird, hängt ja von den Kommunen ab. Und da gibt es jetzt durchaus Bewegung. In Karlsruhe z.B. hat nun die erste Unterkunft nur für Frauen geöffnet.

Was sind deine Erfahrungen?

Meine Erfahrung allgemein lassen sich so zusammenfassen: es gibt viel guten, politischen Willen. Aber es scheitert oft an der Bürokratie, an den Zuständigkeiten, an den abgegrenzten Ressorts. Unser Verwaltungsapparat kommt mit Situationen wie in 2015, wo jeden Tag was anderes ist, nicht gut zurecht. Ich erlebe, dass vor Ort ganz viel gemacht wird und auf Landesebene auch, aber das Scharnier, das Verzahnen, das Abstimmen klappt dann oft nicht gut.

Was können wir als Gewerkschaftsfrauen tun, um die Situation zu verbessern?

Viele Gewerkschaftsfrauen engagieren sich ja bereits vor Ort. Das ist schön und wichtig. Ich denke, wir müssen in Diskussionen immer auch für die geflüchteten Frauen mitdiskutieren. Wir sollten sie durch unsere Stimme unterstützen. Wenn es dann in ein bis zwei Jahren soweit ist, dass geflüchtete Frauen auch Beschäftigungen nachgehen, sollten wir schauen, welche Unterstützung diese Kolleginnen dann brauchen. Und wir als Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen müssen gut acht geben, dass nun Errungenschaften wie der Mindestlohn nicht über die Hintertür aufgeweicht werden. In den Diskussionen der Fachkräfteallianz höre ich immer wieder, dass man Geflüchteten schon Arbeit anbieten könne, aber nicht für 8,50 €. Das geht gar nicht.

Herzlichen Dank für das Interview.

halt!zusammen

BADEN-WÜRTTEMBERG GEGEN RASSISMUS UND GEWALT

Rund 7000 Menschen haben am 16. Januar 2016 auf dem Schlossplatz in Stuttgart an einer Großkundgebung gegen Rassismus und Gewalt gegen Geflüchtete teilgenommen. Zu der Kundgebung „halt zusammen – Baden-Württemberg gegen Rassismus und Gewalt“ hatte ein landesweites Bündnis aus 81 Organisationen (Gewerkschaften, Kirchen, Landesfrauenrat, Jugendverbänden, Wohlfahrts- und Sozialverbänden, Sportvereine, Parteien, Flüchtlingsrat u.a.) aufgerufen.

Hintergrund der Großkundgebung ist die zunehmende Gewalt gegenüber Geflüchteten und das Erstarken rechtspopulistischer Strömungen. Vertreterinnen und Vertreter des Kerns des Bündnisses sprachen jeweils ein Grußwort.



Kundgebung am 16. Januar 2016 auf dem Stuttgarter Schlossplatz gegen Rassismus und Gewalt

Gabriele Frenzer-Wolf, die stellvertretende DGB-Landesvorsitzende: „Unser Land soll offen bleiben für Menschen, die hier friedlich, respektvoll und in gutem Einvernehmen mit ihren Nachbarn leben wollen – unabhängig von ihrer Herkunft, unabhängig davon, welcher Religion sie angehören und unabhängig von ihrem Geschlecht. Wir wollen keine Hassparolen hören und lesen. Wir wollen keine Heime brennen sehen,“ sowie „Wer in der Demokratie schläft, wacht in der Diktatur auf“.

Manuela Rukavina, die Vorsitzende des Landesfrauenrates:

„Es ist für mich kaum auszuhalten, wie derzeit in den Debatten alles miteinander verquirlt wird und mit großen Pauschalierungen und Gerüchten garniert wird – immer mit dem Ziel der scheinbaren Verteidigung unserer Werte. Und dabei kommen häufig fremdenfeindliche, Ressentiments geschwängerte Diffamierungen bei raus, die für mich nichts mit „unseren“ Werten zu tun haben. Denn die Frage ist doch auch, was sind denn „unsere“ Werte? Wenn ich sehe, wer sich nun schon seit einiger Zeit – nicht erst seit Silvester – zur Speerspitze der Rechte der Frau aufschwingt, da wird es mir übel. Rechtspopulistische Gruppierungen wie z.B. Pegida oder die AfD meinen hier die Frauen vertreten zu müssen. Das ist mehr als scheinheilig: Denn die AfD zum Beispiel hat ein Wahlprogramm, das alle Errungenschaften der Gleichberechtigung faktisch wieder abschaffen möchte. Die Begründungen dazu sind so reaktionär und gestrig...“

Wir verbitten uns als Frauen, dass sich solche rechtspopulistische Gruppen und Anhänger in frauenpolitischen Diskurs immer nur dann für Frauen einsetzen, wenn man diese als Instrument im Kampf gegen Minderheitenrechte nutzen kann! Wir Frauen haben schon immer – mit vielen von Ihnen an unserer Seite – dafür gekämpft, dass alle Menschen, gleich welchen Geschlechts, gleich welcher Herkunft, gleich welchen Alters, gleich welcher Religion, gleich welcher sexuellen Orientierung, hier in Deutschland das Recht auf Würde, Schutz, Chancen und Rechte haben. Das verstehen wir als „unsere“ Werte! Dafür stehen wir ein! Wir lassen

nicht zu, dass die Menschen, die vor Krieg und Gewalt hier her zu uns geflüchtet sind, instrumentalisiert und einfach alle abgestempelt werden!

Wir lassen nicht zu, dass nun nur noch mit Angst gearbeitet wird. Wir lassen nicht zu, dass jetzt immer alles und alle über einen Kamm geschert werden, denn: Wir sind die Vielen, die sich für unsere Gesellschaft engagieren, wir sind die vielen, die für unsere Demokratie eintreten. Wir sind der Zusammenhalt, der unsere Gesellschaft weiter entwickelt!...

Ja, wir müssen arbeiten. An uns. An unserer Gesellschaft. Und ja, sie wird sich verändern. Aber wer sagt eigentlich, dass Veränderung schlecht sein muss? Haben nicht wir es in der Hand, gemeinsam mit allen Menschen, die hier Schutz suchen, zuversichtlich und bestärkt an unserer Gesellschaft zu arbeiten? Dazu lade ich uns hier und alle anderen Menschen ein...

Nur wer sich engagiert, verändert! Und: Am 13. März ist Landtagswahl – wählen gehen und zwar demokratisch und nicht rechtspopulistisch!“



Vorsitzende des Landesfrauenrates

Freihandelsabkommen – das geht uns Frauen an!

Seit April 2015 beschäftigt sich der Landesfrauenrates (LFR) als Dachverband mit den geplanten Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA. Die befürchteten gravierenden Auswirkungen auf Frauen wurden in einem Arbeitskreis des LFR unter die Lupe genommen. Dieser hat eine differenzierte Stellungnahme erarbeitet. Dieser Beschluss wurde auf der Delegiertenversammlung des LFR am 23. Oktober 2015 mit großer Mehrheit verabschiedet. Darin geht es um die aus Sicht des LFR unverhandelbaren Eckpunkte. Hier einige Zitate aus dem Beschluss:

„Der Landesfrauenrat Baden-Württemberg fordert die Landesregierung Baden-Württemberg, die Europaabgeordneten, die Bundestagsabgeordneten und die Landtagsabgeordneten aus Baden-Württemberg, die Mitglieder des TTIP-Beirats der Landesregierung Baden-Württemberg dazu auf, sich dafür einzusetzen, die Verhandlungen für die Freihandelsabkommen TTIP und TISA in der derzeitigen Form ruhen zu

lassen und CETA nicht zu ratifizieren...

Zu befürchten ist ein Verlust der ArbeitnehmerInnenrechte wie Kündigungsschutz, Arbeitszeitregelungen, Sozialversicherungen, (z. B. gesetzliche Krankenkassen und Rentenversicherung), Mutterschaftsschutzgesetze, Tarifrecht, Sozialstandards, Mindestlöhne, Mitbestimmungsrechte, Lohnniveaus, als nichttarifäre Handelshemmnisse durch Angleichung auf den niedersten Stand (Race to the bottom).

Im öffentlichen Dienst, der öffentlichen Daseinsvorsorge und dem öffentlichen Beschaffungswesen ist der Frauenanteil an den Beschäftigten relativ hoch. Die Liberalisierung der öffentlichen Hand setzt ihre Privatisierung voraus. Mit einer Privatisierung, also der Umwandlung öffentlicher und vor allem sozialer Aufgaben in Wirtschaftsbetriebe ist mit einem Rückgang des Einflusses von Frauen zu rechnen, sowie mit dem Anteil von Frauen in Entscheidungsgremien. Dadurch würden

insgesamt die Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten von Frauen auf ein nachhaltiges Gesellschafts- und Wirtschaftssystem eingeschränkt werden.

Zudem führen Privatisierungen oft zu Stellenabbau, Arbeitsverdichtung, Lohnrückerei, Arbeitshetze, prekären Arbeitsplätzen mit fehlenden Sozialleistungen.

Frauen, die einer Doppel- bzw. Dreifachbelastungen durch Beruf, Familie und evtl. noch Angehörigenpflege ausgesetzt sind, wären noch zusätzlich belastet.

Die Liberalisierung/Privatisierung der Bildungseinrichtungen/öffentliches Schulsystem könnte nachteilige Folgen für Frauen haben. Ein nachfrageorientiertes Bildungsangebot, wie es private Institutionen anbieten, bringt in erster Linie Bildung für jene, die es sich leisten können. Gegebenenfalls könnten Familien vorrangig wieder auf die Bildung ihrer Söhne achten. Das würde zur Verstärkung der Ungleichheit zwischen den Geschlechtern führen und Geschlechterstereotypen wieder verstärken. Weniger Bildung aber wirkt sich auch auf die Möglichkeit aus, bei politischen Entscheidungen mitzuwirken...



Demo am 10. Oktober 2015 in Berlin: 250.000 Menschen gegen TTIP

Der ganze Beschluss ist auf der Seite des Landesfrauenrates Baden-Württemberg (lfrbw.de) unter Top Themen zu finden oder unter folgendem Link:

<http://www.lfrbw.de/wp-content/uploads/2015/10/Beschluss23-10-2015Freihandelsabkommen-Eckpunkte.pdf>

Frauenförderung bei Daimler

Keine Frage: In Sachen Frauenförderung hat sich bei Daimler in den letzten 15 Jahren etwas getan. Als die Projektgruppe Frauen des Gesamtbetriebsrates Anfang des letzten Jahrzehnts erstmals auf die Festlegung von Zielkorridoren für den Frauenanteil an den verschiedenen Beschäftigtengruppen drängte, wurde sie noch vielfach belächelt. Trotz des damals wenig frauenfreundlichen Klimas gelang es dem Gesamtbetriebsrat im Jahr 2002, die erste Gesamtbetriebsvereinbarung (GBV) zur Frauenförderung mit dem Unternehmen abzuschließen.

Daimler AG	Stand 31.12.2000	Stand 31.12.2012	Stand 31.12.2013	Stand 31.12.2014	Zielkorridor 2011 - 2015	Zielkorridor 2016 - 2020
Gesamtbelegschaft	11,5%	14,4%	14,6%	14,9%	12,5 - 15%	15 - 18%

Ausbildung	17,0%	20,6%	21,4%	21,9%	22 - 26%	23 - 27%
Gewerblich-technische Berufsausbildung	6,8%	11,5%	12,3%	13,3%	13 - 16%	14 - 17%
Führungsebene 4 (Teamleiterinnen)	6,9%	13,8%	14,6%	15,0%	14 - 18%	16 - 20%
Führungsebene 5 (Meisterinnen)	1,2%	4,4%	4,6%	4,7%	4 - 6%	4 - 6%

Diese Vereinbarung wurde im Jahr 2006 und im Jahr 2010 erneuert und neue höhere Zielkorridore vereinbart. Vor dem Hintergrund der allgemeinen gesellschaftlichen Debatte zum Thema Frauenförderung und gesetzlicher Regelungen, die leider nicht verbindlich sind, hat sich das Klima inzwischen verändert.

Förderung für alle Beschäftigtengruppen notwendig

Der Vorstand hat vor einigen Jahren das Ziel ausgegeben, dass der Frauenanteil bei den Leitenden Führungskräften ab Abteilungsleitungsebene im Jahr 2020 mindestens 20 Prozent betragen soll. Das ist zwar ein wichtiger Schritt, ersetzt aber nicht die systematische Förderung von Frauen auf **allen Ebenen** des Unternehmens und in **allen Beschäftigtengruppen** - angefangen bei der Einstellung von Auszubildenden bis hin zur Weiterbildung und -entwicklung älterer Arbeitnehmerinnen. Dank

der Vereinbarungen und des Engagements vieler Betriebsrätinnen ist hier eine positive Entwicklung zu verzeichnen (siehe Tabelle).

In Trippelschritten nach oben

Aus der Grafik geht allerdings deutlich hervor, dass es leider nur in minikleinen Trippelschritten nach oben geht. Nehmen wir den Anteil der Frauen an der Gesamtbelegschaft. In 15 Jahren ist der Anteil um 3,5 Prozent gestiegen. Bei diesem Tempo dauert es noch **150 Jahre**, bis die Hälfte der Belegschaft Frauen sind. Etwas höhere Steigerungsraten gab es in der Ausbildung und bei weiblichen Führungskräften, bei letzteren aber auch nur auf der unteren Ebene der Teamleitung. Klar ist: Auch wenn wir noch lange nicht am Ziel angekommen sind – ohne verbindliche Regelungen hätten auch diese Trippelschritte nicht stattgefunden. Ende 2015 wurden neue Zielkorridore bis 2020 vereinbart (siehe Tabelle).

Entwicklung der Mitarbeiterinnen aktiv und gezielt unterstützen

„Um die Personalentwicklungsziele zu erreichen, soll die berufliche und persönliche Entwicklung von Mitarbeiterinnen aktiv unterstützt werden (z.B. Projekteinsätze, Entwicklungspläne)“, so der Text in der GBV. Dies ist leider kein Selbstläufer, sondern muss aktiv immer wieder eingefordert werden, da es leider in den wenigsten Fällen umgesetzt wird.



Gesetz für mehr Lohngerechtigkeit

§ Mitte Dezember stellte Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) den Gesetzesentwurf für mehr Lohngerechtigkeit zwischen Frauen und Männern“ der Öffentlichkeit vor. Das Gesetz soll bis Ende 2016 verabschiedet werden.

"Derzeit ist die Frage des Gehalts in Deutschland eher ein Tabuthema, es ist eine Blackbox. Viele wissen gar nicht, ob sie eigentlich fair und gerecht bezahlt werden", sagte Schwesig bei der Vorstellung der Eckpunkte des Gesetzes. Künftig soll deshalb für alle Beschäftigten in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst des Bundes ein individueller Auskunftsanspruch bestehen mit dem Ziel, mehr Transparenz in Sachen Bezahlung zu schaffen. Alle Unternehmen ab 500 Beschäftigte sollen verpflichtet werden, die Entgeltgleichheit im Unternehmen zu prüfen, herzustellen und darüber zu berichten.

Positiv ist diese Offenlegung allemal. Denn Geheimniskrämerei bei der Bezahlung nutzt nur dem Unternehmer, schadet nicht nur Frauen, sondern auch Männern



Kleingeld

und behindert die Solidarisierung innerhalb einer Belegschaft.

Dennoch: Das Gesetz geht am eigentlichen Problem vorbei. Derzeit verdienen weibliche Beschäftigte immer noch 22 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen – und dies im 21. Jahrhundert!

Schwesigs Vorstoß wird daran wohl wenig ändern. Denn der Un-

ternehmer hat etliche Möglichkeiten, Gründe für eine ungleiche Bezahlung zu konstruieren – immerhin muss er jetzt die Beweislast tragen, nicht die Betroffene. Aber die tatsächlichen Ursachen der Benachteiligung liegen woanders. Ein Grund sind gebrochene Erwerbsbiographien durch Kindererziehung und Pflege von Angehörigen. Hinzu kommt die zunehmende Prekarisierung durch erzwungene Teilzeitbeschäftigung, Befristungen und Minijobs.

So werden im Einzelhandel und in der Altenpflege so gut wie keine Vollzeitstellen angeboten. Frauen arbeiten doppelt so häufig in Minijobs wie Männer. Entscheidend ist aber die miese Bezahlung in Berufen, in denen vor allem Frauen tätig sind. Sie stellen rund 84 Prozent der Beschäftigten im Gesundheitswesen und gut drei Viertel im Friseur- und Reinigungsgewerbe sowie in den Sozial- und Erziehungsdiensten. Soll die Diskriminierung tatsächlich beseitigt werden, müssen solche personennahen Dienstleistungen aufgewertet werden, Minijobs beseitigt werden und die Kinderbetreuung ausgebaut werden. Dies wären wirkungsvolle Maßnahmen.



Flashmop am 06. März 2015 in Stuttgart

Erster Armuts- und Reichtumsbericht für Baden Württemberg

Armut tut weh, an Armut kann man sterben und immer mehr jüngere Menschen rutschen laut ersten Armuts- und Reichtumsbericht für Baden-Württemberg in die Armutsfalle.

Die Armutsgrenze ist dann erreicht, wenn das Einkommen nicht mehr ausreicht, um das Lebensnotwendigste zu erwerben. 2012 lag die Armutsgrenze in Deutschland bei 980 € im Monat. Jedoch wirkt sich Armut nicht nur auf die einzelne Betroffene aus. Mangel an Teilhabechancen und soziale Ungerechtigkeiten gefährden den Zusammenhalt und letztendlich den Fortbestand der Gesellschaft. Die Gefahr wird größer, wenn Flüchtlinge und Arme - beide Gruppen sind nicht auf Rosen gebettet - als Schwache gegen Schwache ausgespielt werden. Das Land muss mehr Geld für Aus-



bildung und berufliche Qualifikation, für den Bau von bezahlbarem Wohnraum, für kinderreiche Familien und die Alleinerziehenden in die Hand nehmen. Minister Niels Schmid nannte die Alleinerziehenden auf der Familienkonferenz am 30. Juni 2015 stille Heldinnen und Helden und sagte ihnen finanziel-

le Unterstützung vom Land Baden Württemberg zu.

Auch in Baden-Württemberg ist die Schere zwischen Arm und Reich in den vergangenen zehn Jahren weiter auseinandergegangen. Nun sind auch die Arbeitgeber gefragt, Vorschläge zu machen, wie Armut in den nächsten Jahren eingedämmt werden kann. Der DGB macht sich für eine stärkere Besteuerung großer Vermögen und hoher Einkommen stark. Spitzen-einkommen sollten mit einem höheren Einkommensteuersatz belegt werden. Die Vermögensteuer sollte wieder eingeführt werden.

Hierbei sind insbesondere die Rüstungsunternehmen in der Pflicht, die den dritten Platz weltweit im Export einnehmen. Wer den Umsatz verbucht, muss auch die Folgekosten der Rüstungsexporte tragen.

Frauen erklimmen die höchsten Berge!



Das ist das Motto der zweiten Weltfrauenkonferenz der Basisfrauen, welche vom **13. bis 18. März 2016 in Kathmandu, Nepal** stattfinden wird. Frauen aus mindestens 60 Ländern der Welt bereiten dieses große Ereignis vor, um sich auszutauschen und sich enger zusammen zu schließen: Gegen Gewalt an Frauen, Unterdrückung

und für eine lebenswerte Zukunft von befreiten Frauen in einer befreiten Gesellschaft!

Nach dem verheerenden Erdbeben in Nepal und der Grenzblockade durch Indien war zunächst fraglich, ob die Konferenz wie geplant stattfinden kann. Durch sofortige Spendensammlung und kritische

Stellungnahmen verschiedener Frauenverbände gegen die Blockade wurden die nepalesischen Frauen ermutigt, die Konferenz trotz mancher Schwierigkeiten dort durchzuführen. Denn: Frauen zusammen sind stark!

weltfrauenkonferenz.de

Termine rund um den Internationaler Frauentag 2016

Dienstag, 8. März zwischen 16.30 und 17.30 Uhr auf dem Schlossplatz beim Fahrenrondell

Aktion des Frauennetzwerks Stuttgart:
Wir legen unsere Forderungen auf den Tisch

Anschließend **gemeinsame Feier mit Flüchtlingsfrauen** im Württembergischen Kunstverein in Stuttgart, Schlossplatz 2 (Open End)

Dienstag, 8. März um 18.30 Uhr

Film: Sternstunde ihres Lebens

Einlass und Sektempfang ab 18.00 Uhr

Wo: Verdi Landesbezirk, Theodor-Heuss-Str. 2, Haus 1, Erdgeschoss

Eintritt frei. Anmeldung nicht erforderlich.

Veranstalter: DGB-Frauenausschuss Stuttgart, ver.di-Frauenrat Bezirk Stuttgart, ver.di-Landesbezirksfrauenrat BW

Dienstag, 8. März

Frauenkulturcafe SARAH,

Johannesstr. 13

ab 18.00 Uhr Party, Konzert, Disco – wir feiern den Frauentag!

ab 20.00 Uhr Konzert mit den Matadis, einer 5-köpfigen Frauenband

ab 21.30 Uhr Disco

Eintritt: 7,- €, ermäßigt 5,- €

LUNTE Nr. 78 **Februar 2016**

Herausgeber:

IG Metall
Stuttgart, Ortsfrauenausschuss

Verantwortlich:

Uwe Meinhardt, 1. Bevollmächtigter
IG Metall Stuttgart

Redaktion:

Christa Hourani, Else Lehmann,
Monika Müller-Bertrand, Bettina
Stadtmüller, Britta Cartarius (IGM)
und Jordana Vogiatzi (IGM)

Druck: SZ Mediengestaltung, Nagold

Einladung zum Internationalen Frauentag

Liebe Frauen,

das Stuttgarter Frauennetzwerk möchte Euch ganz herzlich zum **Internationalen Frauentag am 8. März auf den Stuttgarter Schlossplatz um 16.30 Uhr** einladen.

Wir möchten zusammen mit Euch für ein gewaltfreies, selbstbestimmtes und gleichberechtigtes Leben ohne Kriege und Not, für Menschenrechte, eine sozial gerechte Welt und Frieden kämpfen und feiern.

Der Internationale Frauentag hat dieses Jahr das Motto „Wir legen unsere Forderungen auf den Tisch“. Deshalb werden wir auf dem Schlossplatz eine lange Tischreihe aufbauen und unsere Forderungen präsentieren.

Bringt auch ihr eure Forderungen mit und legt sie zu unseren dazu. Wir freuen uns auf Euch und unsere gemeinsame Aktion.

Euer Stuttgarter Frauennetzwerk

Smartmob am Equal Pay Day 2016

Samstag, 19. März von 12.45 bis 13.00 Uhr

auf dem Schlossplatz in Stuttgart

bitte schwarze Kleidung mit **roten Accessoires** anziehen

Frauen verdienen in Deutschland im Schnitt 22 Prozent weniger als Männer, in Baden-Württemberg sogar 25 Prozent weniger. Equal pay day heißt „Tag der gleichen Bezahlung von

Männern und Frauen“. Er findet an dem Tag statt, bis zu dem Frauen nach Ablauf eines Jahres länger arbeiten müssen, um das durchschnittliche Vorjahresgehalt von Männern zu erreichen.

